

27 JAHRE UN-SICHERHEITSRATSRESOLUTION 1244

Druck und Erpressung gehen weiter

Seit der Verabschiedung der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats (10. Juni 1999) sind 27 Jahre vergangen. Serbien hat alle seine Verpflichtungen aus diesem rechtsverbindlichen Dokument erfüllt. Andere Akteure sind ihren festgelegten Verpflichtungen gegenüber Serbien und den Serben nach wie vor nicht nachgekommen.

Die Gewalt gegen Serben im Kosovo und in Metohija, die ethnische Säuberung und die Aneignung ihres Eigentums dauern an und haben sich in jüngster Zeit sogar noch verschärft und einen systematischen Charakter angenommen. Die Schändung, Zerstörung und Aneignung religiöser und kulturhistorischer Denkmäler gehen mit stillschweigender Billigung der internationalen Gemeinschaft weiter. Rund 250.000 Serben wurden vertrieben, und andere Nicht-Albaner werden nach wie vor daran gehindert, ihr Recht auf eine freie, sichere und würdige Rückkehr auszuüben. Die Bestimmung über die Rückkehr vereinbarter Kontingente der serbischen Armee und Polizei wurde nicht umgesetzt, einschließlich ihres Einsatzes an den wichtigsten internationalen Grenzübergängen. Die EU erpresst Serbien, indem sie verlangt, dass es auf sein Recht auf Souveränität und territoriale Integrität verzichtet, die durch die Resolution 1244 garantierten Rechte aufgibt und die kriminelle Gründung der sogenannten Republik Kosovo anerkennt, um erst dann eine Chance auf EU-Mitgliedschaft zu erhalten. Die Verhandlungen über Kapitel 35 sind ein Beweis für diese Erpressung und die Missachtung der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats. Bestimmte Länder bewaffnen, rüsten aus und bilden die Streitkräfte des sogenannten Kosovo auf, drängen es in bestimmte Militärbündnisse und verstoßen damit ebenfalls direkt gegen die Resolution 1244.

Die NATO- und EU-Mitgliedstaaten waren die ersten, die die rechtswidrige einseitige Abspaltung des Kosovo und Metohija anerkannt haben, und haben damit erneut in grober Weise gegen die Grundprinzipien der Charta der Vereinten Nationen und die Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats verstoßen. Fünf EU-Mitgliedstaaten – Rumänien, Spanien, Griechenland, die Slowakei und Zypern – sowie die Mehrheit der UN-Mitgliedstaaten halten sich jedoch an das Völkerrecht und die Resolution 1244 und erkennen die illegale Gründung nicht an, wofür Serbien seine volle Anerkennung ausspricht. Führende EU- und NATO-Länder haben unannehmbaren Druck auf andere Länder ausgeübt und üben diesen weiterhin aus, damit diese ebenfalls die illegale Gründung des sogenannten Kosovo und dessen Aufnahme in bestimmte internationale Organisationen anerkennen.

Serbien verfolgt eine offene, prinzipientreue und konstruktive Politik, achtet die Charta der Vereinten Nationen und das Völkerrecht sowie die Souveränität und territoriale Integrität anderer Länder und hat das Recht, von anderen Staaten, einschließlich der EU-Mitgliedstaaten, die Achtung seiner Souveränität und territorialen Integrität zu verlangen.

Obwohl die Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats ein umfassendes, allgemein verbindliches völkerrechtliches Dokument von höchster Rechtskraft ist und für alle Mitglieder der Vereinten Nationen verbindlich ist, übt die EU kontinuierlich Druck auf Serbien aus, ein weiteres rechtsverbindliches Abkommen zu akzeptieren, das seinem Wesen nach im Widerspruch zur Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats steht. Dieser Widerspruch spiegelt sich in der Tatsache wider, dass die Resolution 1244 die Souveränität und Integrität Serbiens sowie die Autonomie des Kosovo und Metohija innerhalb Serbiens bekräftigt, während führende EU-Mitgliedstaaten von Serbien verlangen, auf seine Souveränität und territoriale Integrität zu verzichten und die illegale Gründung des sogenannten Kosovo als benachbarten und unabhängigen Staat anzuerkennen.

Solche Forderungen sind arrogant, rechtswidrig, zwingend, stehen im Widerspruch zu den Grundprinzipien der internationalen Beziehungen und sind nicht akzeptabel. Serbien sollte dafür kämpfen und fordern, dass alle UN-Mitgliedstaaten die Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats einhalten, dass die EU-Politik, einschließlich der Verhandlungen zu Kapitel 35, an dieses Dokument angepasst wird, dass alle noch nicht umgesetzten Bestimmungen der Resolution 1244 eingehalten und durchgeführt werden, dass Serbien von keiner Seite rechtswidrige Verpflichtungen auferlegt werden und dass alle Maßnahmen, Schritte und Entscheidungen, die einen Verstoß gegen oder eine Missachtung der Bestimmungen der Resolution 1244 darstellen, für null und nichtig erklärt werden und dass die Angelegenheiten im Zusammenhang mit dem Kosovo und Metohija in ihren früheren Zustand zurückversetzt werden.

Belgrad, 9. Juni 2026

BELGRADER FORUM FÜR EINE WELT DER GLEICHBERECHTIGTEN

<https://beogradskiforum.rs/global/2026/06/09/27-years-of-the-un-sc-resolution-1244/>

übersetzt mit Hilfe von www.deepl.com